

Antrag

der Abg. Gerhard Kleinböck u. a. SPD

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration

Zukunft des Patrick Henry Village (PHV) in Heidelberg

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. inwieweit es Überlegungen der Landesregierung gibt, die Nutzung des Patrick Henry Village als Ankunftscenter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge über den bisher mit der Stadt Heidelberg vertraglich vereinbarten Zeitpunkt 30. April 2018 zu verlängern;
2. welche konkreten Alternativen es für die Ansiedlung eines Ankunftscenters nach Ablauf des Vertrags über das Patrick Henry Village gibt;
3. wie der aktuelle Stand der Planungen des möglichen Umzugs des Ankunftscenters vom Patrick Henry Village nach Mannheim ist;
4. welche konkreten Standorte in Mannheim in Betracht kommen und ab wann diese genutzt werden können;
5. wie sich die Landesregierung die mittelfristige Nutzung des Patrick Henry Village in den nächsten fünf bis zehn Jahren vorstellt;
6. inwiefern es in der Landesregierung Überlegungen gibt, das Patrick Henry Village dauerhaft als Ankunftscenter zu nutzen;
7. ob die Landesregierung aktuell in Gesprächen mit der Stadt Heidelberg, der Metropolregion Rhein-Neckar und dem Regierungspräsidium Karlsruhe zur Zukunft des Patrick Henry Village ist, falls ja, wie der gegenwärtige Stand dieser Gespräche ist;

8. welche Bedeutung die Landesregierung dem Patrick Henry Village als möglichem Ort für die Entstehung von Wohnraum und Arbeitsplätzen in der Metropolregion Rhein-Neckar zumisst.

22. 12. 2017

Kleinböck, Binder, Hinderer,
Stickelberger, Dr. Weirauch SPD

Begründung

Die Fläche des Patrick Henry Village stellt durch ihre Größe und ihre Satellitenlage eine besondere Herausforderung für den Konversionsprozess in Heidelberg dar, bietet zugleich aber auch herausragende Chancen für die Entwicklung der Stadt sowie der gesamten Region. So soll im Patrick Henry Village ein innovativer Stadtteil mit Wohnraum für über 10.000 Bürgerinnen und Bürger sowie 5.000 Arbeitsplätzen entstehen, der Bürgerinnen und Bürgern aus der gesamten Metropolregion Rhein-Neckar und darüber hinaus Wohnraum und Arbeitsplätze bieten wird. Die Entwicklung des Patrick Henry Village, die maßgeblich von der Internationalen Bauausstellung Heidelberg (IBA) vorangetrieben wird, stellt somit eine einmalige Chance für das Land Baden-Württemberg dar. Schließlich kann hier in Satellitenlage die Stadtentwicklung der Zukunft vorangetrieben werden, die zugleich in einer sehr dicht besiedelten Metropolregion zusätzlichen Platz für Wohn- und Arbeitsplätze bietet. So könnte das Patrick Henry Village im Rahmen des Konversionsprozesses durch die IBA zu einem Modellort für den Einsatz digitaler Technologien, innovativer Mobilitätskonzepte sowie klimaneutraler Energieversorgung entwickelt werden.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 23. Januar 2018 Nr. 7-0141.5/16/3223/ nimmt das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration im Einvernehmen mit dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau und dem Ministerium für Finanzen zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,
zu berichten,*

- 1. inwieweit es Überlegungen der Landesregierung gibt, die Nutzung des Patrick Henry Village als Ankunftszentrum des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge über den bisher mit der Stadt Heidelberg vertraglich vereinbarten Zeitpunkt 30. April 2018 zu verlängern;*
- 2. welche konkreten Alternativen es für die Ansiedlung eines Ankunftszentrums nach Ablauf des Vertrags über das Patrick Henry Village gibt;*
- 3. wie der aktuelle Stand der Planungen des möglichen Umzugs des Ankunftszentrums vom Patrick Henry Village nach Mannheim ist;*
- 4. welche konkreten Standorte in Mannheim in Betracht kommen und ab wann diese genutzt werden können;*
- 6. inwiefern es in der Landesregierung Überlegungen gibt, das Patrick Henry Village dauerhaft als Ankunftszentrum zu nutzen;*

Zu 1. bis 4. und 6.:

Das Land hat mit der Stadt Heidelberg im Jahr 2015 eine Nutzungsvereinbarung für eine vorübergehende Nutzung des Patrick Henry Village (PHV) für Zwecke der Erstaufnahme von Flüchtlingen abgeschlossen, die im Einvernehmen mit der

Stadt eine jeweils einjährige Laufzeitverlängerung zulässt. Von dieser Verlängerungsmöglichkeit wurde 2016 und 2017 Gebrauch gemacht. Nunmehr bittet die Stadt Heidelberg um einen Ablaufplan zur Verlagerung des Ankunftsentrums, damit sich der Heidelberger Gemeinderat vor der anstehenden weiteren Verlängerung der Nutzungsvereinbarung mit dem Thema befassen kann. Der Zeitpunkt für eine mögliche Freimachung des PHV hängt von der Entscheidung über einen Alternativstandort für das Ankunftszentrum Heidelberg ab, zu dem derzeit noch die Standortprüfungen erfolgen.

In der vom Ministerrat am 20. Dezember 2016 beschlossenen Standortkonzeption für die Neugestaltung der Erstaufnahme von Flüchtlingen in Baden-Württemberg (Teil 1 – Liegenschaften) wurden die drei möglichen Alternativstandorte für ein Ankunftszentrum (Coleman Barracks Mannheim, Spinelli Barracks Mannheim und Tompkins Barracks Schwetzingen) genannt. Erste Priorität für einen Umzug des Ankunftsentrums haben dabei die Coleman Barracks in Mannheim. Derzeit wird durch den Landesbetrieb Vermögen und Bau Baden-Württemberg im Wege einer Machbarkeitsstudie geprüft, ob der Standort Coleman Barracks für den Betrieb eines Ankunftsentrums hinreichend geeignet ist. Hinsichtlich einer erforderlichen Freigabe von Flächen steht das Land bereits in Kontakt mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), um eine möglichst frühzeitige Freigabe der in Frage kommenden ungenutzten Militärfächen von den US-Streitkräften zu erreichen.

5. wie sich die Landesregierung die mittelfristige Nutzung des Patrick Henry Village in den nächsten fünf bis zehn Jahren vorstellt;

Zu 5.:

Die mittelfristige Nutzung der Konversionsfläche bei Freimachung durch das Ankunftszentrum ist abhängig von den kommunalen Planungsabsichten. Die Stadt hat hierzu einen groß angelegten Planungs- und Beteiligungsprozess für einen zukunftsweisenden Wohn-, Wissens- und Arbeitsstandort angestoßen.

7. ob die Landesregierung aktuell in Gesprächen mit der Stadt Heidelberg, der Metropolregion Rhein-Neckar und dem Regierungspräsidium Karlsruhe zur Zukunft des Patrick Henry Village ist, falls ja, wie der gegenwärtige Stand dieser Gespräche ist;

Zu 7.:

Im Sommer 2017 hat das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau auf Fachebene ein erstes konstruktives Beratungsgespräch mit der Stadt Heidelberg geführt, in dem es um den Einsatz von Städtebaufördermitteln für PHV als „Stadtteil der Zukunft“ ging. Städtebauliche Missstände, die eine Grundvoraussetzung für die Aufnahme in die Programme der Stadterneuerung sind, liegen eindeutig vor. Die Stadt ist nun gefordert, die für eine erfolgreiche Antragstellung notwendigen Vorbereitungen zu leisten. Weitere Gespräche sind in Aussicht gestellt.

8. welche Bedeutung die Landesregierung dem Patrick Henry Village als möglichem Ort für die Entstehung von Wohnraum und Arbeitsplätzen in der Metropolregion Rhein-Neckar zumisst.

Zu 8.:

Wie andere Konversionsflächen, die mit Hilfe der Städtebauförderung in zivile Anschlussnutzungen überführt werden konnten, birgt PHV aufgrund der Größe und besonderen Lage ein großes Potenzial zur Aufwertung des Arbeits- und Wohnstandorts der Metropolregion Rhein-Neckar. Die Ausrichtung als „Stadtteil der Zukunft“ könnte bei erfolgreicher Umsetzung zu einem bedeutenden Standortfaktor werden und über die Grenzen der Metropolregion hinaus wirken.

Strobl

Minister für Inneres, Digitalisierung
und Migration